

Jahresbericht 2025

Europäisches Bürger:innen Forum



Edito

Wir lassen uns nicht lähmen!

Wie leben und überleben in der «Stunde der Raubtiere»? Wer das Buch mit diesem Titel von Giuliano da Empoli liest, dem läuft es kalt den Rücken hinunter. Er zeigt auf, dass Macht, Grausamkeit, Hinterlist und die Stiftung von Chaos die entscheidenden Herrschaftsmittel unserer Zeit geworden sind. Er beschreibt, dass die Autokraten und die «Konquistadoren» der Tech-Industrie eine unheilvolle Allianz eingegangen sind, um die Institutionen der Gewaltenteilung, die Menschenrechte und die regelbasierte internationale Ordnung ein für alle Mal zu zerstören. Die Auswirkungen spüren wir jeden Tag, seitdem Donald Trump am Anfang dieses Berichtsjahres sein zweites Mandat als US-Präsident angetreten hat. Er versteht es, die Welt in Atemlosigkeit zu versetzen – mit seinen erratischen Entscheidungen und seiner Skrupellosigkeit, die er mit anderen verbrecherischen Staatsoberhäuptern wie Putin und Netanyahu teilt. Der plötzliche Grossangriff auf den Iran hat die Menschen nicht befreit, sondern

noch tiefer unter das Joch des tödlichen Regimes gestossen. Und auf jeder Seite wird die Religion als Rechtfertigung für die Vernichtung des Gegners missbraucht – und dies im 21. Jahrhundert.

Atemlos sollen wir zittern und gleichzeitig gelähmt sein vor dem Geschehen auf der Welt. Auf diese Weise handlungsunfähig gemacht, meinen die Mächtigen, werden wir wohl alles schlucken, was sie uns vorsetzen. Doch wir lassen uns nicht lähmen – und damit sind wir nicht allein. Der Widerstand ist präsent, überall da, wo die Menschen für Würde und Gerechtigkeit kämpfen und konkret handeln. Es geht darum, alle Kräfte zu sammeln, über Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten, den Mut nicht zu verlieren und den «Raubtieren» die Stirn zu bieten. Es ist noch nicht zu spät.

*Das Team vom Europäischen Bürger:innen Forum (EBF)
Basel, im Mai 2026*



EBF-Treffen im März 2025 in Limans (Südfrankreich) mit Aktivist:innen aus Bosnien, der Ukraine, Griechenland, Österreich, Rumänien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland.

Krieg in der Ukraine

Der Einsatz für die betroffenen Menschen des Krieges in der Ukraine ist zu einem Hauptschwerpunkt für das Europäische Bürger:innen Forum geworden.

Seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 wurden direkte Kontakte geknüpft und nach und nach verlässliche Partner:innen vor Ort gefunden, die jetzt aktiv sind: für Evakuierungen, interne Geflüchtete, Kriegsgefangene, traumatisierte Kriegsoffer sowie ökologische Belange.

Das EBF unterstützt alle diese Initiativen mit Nachdruck.





Psychologische Hilfe für kriegstraumatisierte Menschen

Über das ganze Jahr konnten wir kreative Camps für kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche – so genannte «Art-Camps» – in den Karpaten unterstützen. Ende November 2025 lancierten wir einen neuerlichen Aufruf zur finanziellen Unterstützung dieser Lager, die von der zivilgesellschaftlichen Initiative «Duzhe» unter dem Namen «Horytsvit» (Bergadonis) durchgeführt werden.

Die jungen Teilnehmer·innen der Camps sind aus den umkämpften Gebieten geflohen; oft haben sie Familienangehörige verloren. In den Camps schöpfen die Kinder und Jugendlichen wieder Lebensmut. Pädagog·innen, Psycholog·innen und Künstler·innen helfen ihnen dabei. Die Camps werden in Transkarpatien, im westlichsten Teil der Ukraine, organisiert – auf dem Bergmassiv Swydo-wets und im Dorf Nischnje Selischtsche, wo der Verein Molotok ein Jugendgästehaus betreibt.

An demselben Ort führten wir im Berichtsjahr zwei Seminare, in Zusammenarbeit mit dem «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ), zur psychischen Gesundheit durch. Psychiater·innen und Psycholog·innen aus der Schweiz und aus Frankreich trafen sich mit ihren Kolleg·innen aus der ganzen Ukraine zum Wissensaustausch und zur Weiterbildung.



Wiederaufbau und Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft in der Ukraine bewährt sich in den schwierigsten Kriegszeiten. Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern sind überall dort aktiv, wo der Staat es nicht schafft: bei Evakuierungen aus den bombardierten Gebieten, bei der Essensausgabe für zehntausende Menschen, bei der Betreuung von Kriegstraumatisierten und Geflüchteten. Auch für den kommenden Wiederaufbau des Landes spielen zivilgesellschaftliche Initiativen eine entscheidende Rolle: bei der Entwicklung von lokalen Projekten, bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, bei der Durchsetzung von sozialen und ökologischen Kriterien sowie bei der Bekämpfung von Korruption. Deshalb organisierten wir am 18. Juni in Bern die Konferenz «Wiederaufbau in der Ukraine: Die Zivilgesellschaft als treibende Kraft». An der Veranstaltung wurden die Schweizer Regierung und das Parlament dazu aufgefordert, bei der Verteilung

der Ukraine-Hilfsgelder vor allem die Zivilgesellschaft zu berücksichtigen und zu stärken. Ein Treffen mit dem Delegierten des Bundesrates für die Ukraine, Jacques Gerber, am 18. Februar desselben Jahres hatte nicht den erhofften Durchbruch in dieser Frage gebracht. Um den Versammelten den Rücken zu stärken, schickte die ukrainische Friedensnobelpreisträgerin des «Centre for Civil Liberties», Oleksandra Matwijtschuk, eine Grussbotschaft. Im Vorfeld der Veranstaltung war eine Delegation von Bürger:innen aus Bern, zusammen mit einem Schweizer Vertreter des EBF, nach Transkarpatien gereist, um verschiedene Projekte der Zivilgesellschaft zu besuchen und weitere Schritte zu evaluieren wie z. B. Partnerschaften zwischen schweizerischen Gemeinden und ukrainischen Projekten, Städten und Dörfern. Ein informeller Kreis ist auch in Basel am Entstehen, der diese Idee vorantreibt.



Hilfslieferungen bis an die Front: Das «Medizinische Komitee in Transkarpatien» (CAMZ) unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen in der gesamten Ukraine.

Maxim Butkewitsch ist frei!

Im Juni 2022 wurde der ukrainische Journalist und Menschenrechtsaktivist Maxim Butkewitsch vom russischen Militär gefangengenommen. Schockiert vom Grossangriff Russlands gegen sein Land hatte er sich freiwillig zur ukrainischen Armee gemeldet. Auf groben Lügen basierend wurde er am 10. März 2023 von einem Gericht im russisch besetzten Luhansk zu 13 Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. Im Oktober 2024 kam er im Rahmen eines Gefangenenaustausches frei. Seitdem berichtet er in der Öffentlichkeit über seine beklemmenden Erfahrungen in der Gefangenschaft und über die aktuelle Situation in der Ukraine. Über unser Kontaktnetz in der Schweiz konnte er an Veranstaltungen in Zürich (Wochezeitung Woz) und in Bern (Universität) auftreten. Im September 2025 erhielt er den Vaclav-Havel-Menschenrechtspreis des Europarates in Strassburg.





Schutz eines Naturgebietes

Unser Engagement für den Schutz des einmaligen Naturgebietes auf dem Bergmassiv Swydovets in den ukrainischen Waldkarpaten – zusammen mit dem dortigen Komitee «Free Svydovets» – ging weiter. Die Oligarchen, die hinter der Planung eines gigantomanischen Ski-Resorts stecken, wollen dieses mit allen Mitteln durchsetzen. Doch nach sieben Jahren Rechtsstreit entschied der Oberste Gerichtshof der Uk-

raine am 9. Oktober 2024 zugunsten von «Free-Svydovets». Das Gericht urteilte, dass beim öffentlichen Planungsprozess die gesetzlichen Vorgaben zu Transparenz und Bürgerinnenbeteiligung nicht erfüllt waren – ein vorläufiger Sieg für uns. Auch im Berichtsjahr klärten wir die europäische Öffentlichkeit und die zuständigen Stellen über die illegalen Machenschaften der Oligarchen und ihrer Komplizen auf.

Unterstützung für Roma

Rada Kalandjia musste 2022 aus Vuhledar im Donbas flüchten und lebt heute in Mukatschewo in Transkarpatien. Sie ist Vorsitzende der gemeinnützigen Roma-Organisation «ROMEN» und Vertreterin des Roma-Frauenfonds Chirikli. In Mukatschewo wurde sie mit dem Elend im dortigen Tabor (Romasiedlung) konfrontiert. Hier leben über 15'000 Menschen unter extremen Bedingungen: Stigmatisiert und ohne Trinkwasser, der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und elementaren Bürgerrechten ist für die meisten nicht gewährleistet.

Rada Kalandjia möchte nachhaltige Veränderungen bewirken und hat mit Unterstützung des EBF ein Beratungs- und Unterstützungszentrum für Romafrauen gegründet. Im September 2025 folgte sie unserer Einladung in die Schweiz. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in Bremgarten bei Bern konnte sie ihr Projekt vorstellen und die Gemeinde sicherte einen Förderbeitrag zu. Drei andere Gemeinden schlossen sich an. Im Pfarrblatt von Bern erschien ein ausführliches Interview. Auf dem Rückweg in die Ukraine wurde sie in Wien von Vertreterinnen des EBF Österreich empfangen, die ein öffentliches Pressegespräch mit ihr organisierten.





Unterwegs im Tabor: Rada Kalandija (2. v. links) hilft und berät Frauen im Alltag. Foto: Gabi Peissl

Migration & Ausbeutung

Das Plastikmeer von Almeria in Südspanien bleibt das Zentrum der industriellen Gemüseproduktion in Europa und setzt auf schonungslose Ausbeutung von Menschen und Ressourcen.

Diejenigen, die sich in den Plastiktunnels verdingen müssen, sind meist Migrant·innen. Diese Missstände existieren in vielen Ländern Europas.

Das Europäische Bürger:innen Forum unterstützt Gewerkschaften und Komitees vor Ort sowie internationale Kampagnen gegen diese moderne Sklaverei.





Spanien

SAT: verstärkte Präsenz

Seit über 25 Jahren steht das EBF der Gewerkschaft «Sindicato Andaluz de Trabajadores» (SAT, früher SOC/SAT) bei ihrem Engagement gegen die Ausbeutung migrantischer Arbeiter·innen in der industriellen Landwirtschaft, insbesondere im «Plastikmeer» von Almeria, zur Seite. Im Berichtsjahr hat sich das Engagement in Andalusien auch auf Huelva ausgeweitet. Die SAT engagierte sich in der ganzen Region bei den Verhandlungen über die Tarifverträge in der Landwirtschaft und in den Verpackungsbetrieben mit den entsprechenden Forderungen zu angemessenen Löhnen, zum Arbeitsschutz der Beschäftigten und zu geregelten Arbeitsbedingungen.

Die Gewerkschaft hat zudem ihre institutionelle Präsenz gestärkt, indem sie mehrere Wahlen in lokalen Betrieben gewonnen hat, was ihr ermöglicht, direkt auf die Situation der Angestellten einzuwirken. Unsere finanzielle Unterstützung zugunsten der SAT ermöglicht es, über den täglichen Bereich hinaus breitere Mobilisierungen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse durchzuführen und an Kampagnen der internationalen Solidarität teilzunehmen. Die Aktionen vor



Ort, die gewerkschaftliche Verankerung und das politische Engagement verbinden sich inzwischen zu einem erfolgreichen Konzept. Seit einiger Zeit reisen regelmässig junge Menschen von der Gruppe «Interbrigadistas» aus Berlin nach Andalusien, um mit den Gewerkschafter-innen solidarisch zusammen zu arbeiten und um nach ihrer Rückkehr Aufklärungsarbeit zu leisten.

Denn ein grosser Teil des Gemüses und der Erdbeeren in den grossen Supermärkten kommt aus Almeria und Huelva. Eine Verbindung zu den Konsument-innen in unseren Breitengraden herzustellen, erscheint uns als besonders wichtig. Deshalb unterstützt das EBF auch das Engagement der «Interbrigadistas» mit finanziellen Beiträgen.

Frankreich

CODETRAS - Der lange Kampf der Leiharbeiterinnen

Im Jahr 2025 setzte das CODETRAS (Kollektiv zur Verteidigung migrantischer Arbeiter·innen in der Landwirtschaft) im Departement Bouches-du-Rhône, in enger Zusammenarbeit mit Vertreter·innen des EBF, seine Aktionen zur Verteidigung von Wanderarbeiter·innen in der intensiven Landwirtschaft fort. Das Kollektiv bietet Saisonarbeiter·innen, die sich in einem Konflikt mit ihren Arbeitgebern befinden, direkte Unterstützung, indem es den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtert, Verfahren vor dem Arbeitsgericht unterstützt und Fälle von Missbrauch öffentlich macht.

CODETRAS begleitete auch im Berichtsjahr die Klägerinnen, darunter Yasmine Tellal*, im Rahmen des Rechtsstreits gegen die Leiharbeitsfirma «Terra Fecundis», der seit acht Jahren andauert und im Oktober 2025 eine neue juristische Etappe vor dem Berufungsgericht in Aix-en-Provence erreichte, wobei die Verhandlung zum x-ten Mal vertagt wurde. Zwar bekamen die Klägerinnen teilweise Lohnnachzahlungen bzw. Entschädigungen in vorherigen Instanzen zugesprochen, doch sie haben bisher nichts von dem Geld gesehen.

Denn die Firma hat inzwischen den Bankrott erklärt und die Verantwortlichen verschleppen das Verfahren, wo sie nur können. Für die Klage wegen sexueller Gewalt durch die Arbeitgeber ist ein separates Verfahren anberaumt, das aber bis jetzt nicht vorangekommen ist. Es braucht einen extrem langen Atem, um zu seinem Recht zu kommen. Dieser Kampf ist exemplarisch für viele andere ausgebeutete Menschen, so dass wir ihn – wie im Berichtsjahr – auf jeden Fall weiterhin finanziell und menschlich begleiten werden. Der Bedarf an Beratungsstellen für migrantische Arbeiter·innen in Südfrankreich ist gross. Diese Orte werden inzwischen von verschiedenen Initiativen betrieben, wie die Anlaufstelle in Beaucaire, deren Beginn wir unterstützt haben, und ein neu dazugekommenes selbstverwaltetes Lokal in Arles.

*Die ehemalige Wanderarbeiterin aus Marokko war federführend bei der Veröffentlichung der Missstände bei «Terra Fecundis» und bei dem juristischen Vorgehen gegen diese Firma. Sie wurde massiv angefeindet, musste ihren Wohnort wechseln und bezahlte mit ihrer Gesundheit. Wir sind jetzt seit Jahren befreundet und das EBF unterstützt sie persönlich und, wenn nötig, auch finanziell.

Flucht & Exil

Die Gewalt vor und in der Festung Europa nimmt zu.

Deshalb unterstützt das Europäische Bürger:innen Forum Hilfsinitiativen für Geflüchtete und Migrant:innen - von der Balkanroute über die Schweiz auf die italienisch-französischen Alpen bis nach Marokko - und dokumentiert die Menschenrechtsverletzungen von Frontex.

Gleichzeitig engagieren wir uns gegen den Anstieg des Rechtsextremismus in Europa.





Schweiz

«Swiss Frontex Files»

Im Jahr 2021 gründeten wir zusammen mit Anwält·innen und Journalist·innen ein Komitee, um nach Öffentlichkeitsrecht die Freigabe von internen Informationen und Dokumenten zu beantragen, welche die Zusammenarbeit zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV), inzwischen Schweizer Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit (BAZG), und der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex betrafen. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Schweiz ihre finanzielle Unterstützung für Frontex drastisch erhöhte* und im Verwaltungsrat der Agentur präsent ist.

Das Komitee zeigte sich besorgt über die Verletzung der Menschenrechte an den EU-Ausgangsgrenzen mit der Komplexität von Frontex und beschloss, die Rolle der Schweiz in dieser Agentur zu untersuchen. Nach mehrjährigen zähen Verhandlungen mit dem BAZG erhielt

das Komitee Zugang zu über 1'000 Dokumenten, die das WAV-Recherchekollektiv in Zürich auswertete. Dessen Recherchen konnten im Berichtsjahr im «Onlinemagazin – das Lamm» als vierteilige Serie unter dem Titel «Swiss Frontex Files» veröffentlicht werden: www.daslamm.ch/swiss-frontex-files. Dabei kam zu Tage, dass die Bundesverwaltung in entscheidenden Momenten brisante Informationen geheim hielt** und dass Schweizer Frontex-Beamt·innen auch dort im Einsatz sind, wo systematisch Menschenrechte verletzt werden. Das EBF finanzierte die Recherchen massgeblich.

*Ende 2021 entstand eine öffentliche Debatte mit einem Referendum gegen die Erhöhung der Finanzmittel an Frontex und im Mai 2022 kam es zu einer Volksabstimmung.

** zum Beispiel kurz vor der Volksabstimmung am 15. Mai 2022.

Solidarität ist kein Verbrechen

Am 8. Juli 2025 fand die Gerichtsverhandlung gegen Caroline Meijers, Präsidentin des «Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers et Migrant·es» (MJSSP) in Porrentruy im Schweizer Kanton Jura statt. Sie hatte ihre Adresse einem abgelehnten syrischen Asylbewerber zur Verfügung gestellt, damit dieser von der Migrationsbehörde Post für die Wiederaufnahme seines Verfahrens empfangen konnte; er selbst hielt sich zu diesem Zeitpunkt aus Angst vor seiner Ausschaffung an einem unbekanntem Ort auf. Wir unterstützten die Angeklagte nachdrücklich und reihten uns am Prozesstag in die Schar von Unterstützer·innen aus der ganzen Schweiz ein.

Die Verhandlung endete mit einem Freispruch. Das Gericht kam zum Schluss, dass Caroline Meijers keinen illegalen Aufenthalt eines Ausländers begünstigt hätte. Doch dieses Verfahren hätte gar nie stattfinden dürfen. Denn das so genannte «Solidaritätsdelikt» gehört längst abgeschafft. Allein im Jahr 2024 wurden nicht weniger als 592 Menschen wegen dieses «Vergehens» in der Schweiz verurteilt. Am Prozesstag zirkulierte eine erste Petition mit der Forderung, Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG, bisher AuG) zu ändern. Hilfeleistende sollen straffrei aus-

gehen, sofern sich ihre Handlung als uneigennützig erweist und sie keinen persönlichen Vorteil daraus ziehen.

Initiativen und Treffen

Auch im Jahr 2025 unterstützten wir verschiedene Komitees und kleine Organisationen, die sich politisch, juristisch und menschlich für Geflüchtete und Sans Papiers einsetzen. Zudem lernten wir die jungen Aktivist·innen von «Rage Kit» aus Lausanne kennen, die unkonventionelle politische Kurzvideos produzieren – u.a. gegen Polizeigewalt und Rassismus. Gleichzeitig sind sie für Obdachlose und Sans Papiers engagiert.

Ende November fand der Migrationskongress von «Solidarité sans Frontières» in Bern statt. Mit dieser Organisation arbeiten wir schon lange zusammen und wir verfolgen ganz ähnliche Ziele. Mit der Teilnahme an diesem Treffen konnten wir Kontakte mit interessanten Initiativen und engagierten Menschen knüpfen bzw. vertiefen. Für die internationale Vernetzung nahm eine EBF-Delegation am «Transborder Summer Camp» vom 5. bis 10. August in Frankreich teil und wir unterstützten dieses auch finanziell.

Balkanroute / Bosnien

Kompas in Sarajevo

Seit mehreren Jahren, so auch im 2025, unterstützen wir lokale Hilfsinitiativen für Migrant-innen in Bosnien: Rahma in Velika Kladuša an der kroatischen Grenze und vor allem Kompas 071 in der Hauptstadt Sarajevo, die zu einem wichtigen Brennpunkt auf der Balkanroute geworden ist. Kompas konnte im Berichtsjahr eine neue Homepage einrichten und etwas langfristiger planen. Mitte Dezember luden wir Ines Tanovic, die Gründerin und Leiterin von Kompas in die Schweiz ein. Sie konnte ihre Initiative an verschiedenen Anlässen vorstellen. In der Folge erschien ein vierteiliges Interview mit ihr in der linken Wochenzeitung Woz sowie ein Artikel im «Courrier de Genève». Auf dieser Tournee kam eine substanzielle finanzielle Unterstützung zusammen, zusätzlich zu der sonst geleisteten Hilfe vom EBF. Damit wird es für Kompas möglich sein, mehr Mitarbeitende einzustellen – einerseits für unmittelbare Nothilfe (Essen, Kleider, Schuhe, Hygiene) und andererseits für psychologische und juristische Beratung der Schutzsuchenden. Dies ist dringend nötig, weil sich

wieder tausende Menschen, mit den Kriegen im Nahen Osten und im Sudan, auf den gefährlichen Weg in Richtung Europa machen. Neben den lokalen Initiativen unterstützen wir die internationalen Helfer-innen von «No Name Kitchen», die in mehreren Ländern im Balkan präsent sind.



Frankreich

Hilfe für Flüchtlinge in Bergnot

Viele Flüchtende aus Kriegs- und Krisenländern versuchen unter Lebensgefahr von Italien ausgehend die französischen Alpen zu überqueren, um an einen sicheren Ort zu gelangen. Sie haben keine andere Wahl, denn die offiziellen Grenzübergänge sind für die Schutzsuchenden abgeriegelt. Auf dem Alpenpass «Col de Montgenèvre» oberhalb der Stadt Briançon kommt es wiederholt zu schrecklichen Szenen. Ganze Familien, Kinder und auch schwangere Frauen sind mit meist völlig ungenügender Berg- und Winterausrüstung unterwegs. Sie werden von der Grenzpolizei gejagt und meistens nach Italien zurückgeschafft. Der französische Staatsrat, das oberste Verwaltungsgericht, hatte am 2. Februar 2024 die Praxis dieser Abschiebungen nach Italien für rechtswidrig erklärt. Dieser Beschluss hatte bewirkt, dass die Rückführungen gestoppt wurden, freier Reiseverkehr herrschte und die Schutzsuchenden gefahrlos die Grenze passieren konnten. Leider handelte es sich nur um eine Atempause, die bis zum November desselben Jahres dauerte. Seitdem mussten die Migrant:innen wieder die lebensgefährlichen Wege in Kauf nehmen.



Verschiedene Initiativen und Aktivist:innen organisieren nächtliche Patrouillen, um Geflüchtete in Bergnot zu retten. Im Berichtsjahr begannen wir, die Gruppe RIB (Réseau Inter Briançonnais) von jungen Bergretter:innen mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Auch die Organisation «Tous Migrants», die neben der Durchführung von Bergpatrouillen vor allem für einen menschenwürdigen Empfang der Geflüchteten in Briançon sorgt, wurde wieder von uns unterstützt.

Obst und Gemüse für alle

Verschiedene landwirtschaftliche- und gartenbauliche Kooperativen in Südfrankreich produzieren Bio-Lebensmittel, von denen sie einen Teil an bedürftige Menschen gratis abgeben, darunter an Geflüchtete und Sans Papiers von Marseille bis Briançon. Wir unterstützten diese Initiativen logistisch und finanziell.

Deutschland

Ein Zentrum für Solidarität

Das Europäische Bürger:innen Forum in Deutschland hat seinen Sitz im ländlichen Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern auf dem Longo-mai-Hof Ulenkrug. Gemeinsam betreiben die beiden Organisationen dort einen wichtigen Begegnungs- & Vernetzungsort der dringend sanierungsbedürftig war. Die Renovierung stand schon seit Jahren an und war wegen hohen Anforderungen vom Denkmalschutz und wichtigen politischen Aktionen immer wieder verschoben worden. Im Berichtsjahr konnte ein grosser Teil fertig gestellt werden. Trotz der Baustelle konnten die Vorbereitungsstellen für den 8. Mai stattfinden. Jedes Jahr versuchen Neonazis mit einem Marsch durch die Stadt Demmin den Tag der Niederlage Nazideutschlands zu instrumentalisieren. Dagegen widersetzen sich dank des hartnäckigen Engagements aus der Zivilgesellschaft immer mehr Menschen. Das ist angesichts des Erstarkens der AfD und anderer rechtsextremer Strömungen dringend nötig. Durch die Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Netzwerk «Widersetzen» konnten 25 Reisebusse aus ganz Norddeutschland zur Gegendemo mobilisiert werden. Zum ersten Mal wurde der Aufmarsch verhindert. Im Be-



richtsjahr wurden Geflüchteten unnötige Steine in den Weg gelegt. Zum Beispiel bekamen die Asyl suchenden Menschen in Neubrandenburg kein Bargeld mehr, sondern nur eine Karte, mit der nur ganz bestimmte Dinge in ausgesuchten Läden gekauft werden können. Wieder half eine Initiative aus der Zivilgesellschaft und tauschte Gutscheine gegen Bargeld. Das EBF half im Berichtsjahr bei der Bekanntmachung dieser solidarischen Möglichkeit und beteiligte sich an einen Aktionstag zu diesem Thema.

«Zusammen bewegen»

Das EBF beteiligte sich an der Kampagne «Zusammen bewegen». Die Vernetzungsarbeit zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2026 hat bereits im Sommer des Berichtsjahres begonnen. In Umfragen liegt die AfD stabil bei etwa 40 Prozent. Sehr viele Menschen

Marokko

Schutz für die Verletzlichsten

werden aktiv, um eine Regierungsbeteiligung der AfD im Land zu verhindern. Die Kampagne läuft seit Februar 2026 unter dem Namen «Zusammen Bewegen» (www.zusammenbewegen.org) und will Menschen mit gleichen Grundwerten zusammenbringen. Ziel ist es, Menschen in Bewegung zu setzen, ihr Gefühl der Selbstwirksamkeit zu bestärken und die demokratischen Pfeiler vor dem rechten Ansturm zu stärken. Es sollen regionale/lokale Handlungen initiiert, Räume der Begegnung und des Austausches geschaffen und Raum für Kreativität und Schönes geboten werden. Zudem soll mit Leuten auf der Strasse, an den Haustüren und sonst wo ins Gespräch gekommen werden. All dies dient der Vorbereitung auf eine zunehmend rechtsextreme parlamentarische Zusammensetzung, die sich in vielen Gemeindevertretungen schon bemerkbar macht. Mehrere politische Gruppierungen nutzten unser «Zentrum für Solidarität» und seine Infrastruktur für ihre mehrtägigen Treffen gegen einen freien Beitrag, ohne eine Miete dafür aufbringen zu müssen. Das ist in einer so vernachlässigten Gegend Deutschlands sehr wichtig.

Seit vielen Jahren ist Marokko ein Transitland. Jedes Jahr durchqueren zwischen 30.000 und 50.000 Menschen – hauptsächlich aus West- und Zentralafrika – das Land in der Hoffnung, die europäischen Küsten zu erreichen. Doch wie überall verschärft sich die Migrationspolitik zunehmend. Die Behörden führen wiederholt Razzien durch, um Schutzsuchende abzuschieben. Frauen und Kinder, die auf ihrer Flucht schon Schlimmstes erlebt haben, sind auch in Marokko am schutzlosesten – mittellos, diskriminiert und gezwungen, im Verborgenen zu leben.

Wir unterstützten im Berichtsjahr die Initiative «Assistance aux Migrant-es pour l'Intégration» (AMI), die diese Frauen und Kinder in Zufluchtsstätten aufnimmt und begleitet. So haben wir die Eröffnung von zwei geschützten Einrichtungen in der Hauptstadt Rabat mitfinanziert. Diese Orte sind mehr als nur Unterkünfte; sie bieten eine umfassende Betreuung: menschliche Unterstützung, medizinische Versorgung sowie soziale und rechtliche Hilfe. Ihr Ziel ist es, ein sicheres Umfeld für einen Neuanfang zu schaffen und ein Sprungbrett in Richtung Selbstständigkeit und Integration zu sein.



Naher Osten

Der Fall von Baschar al-Assad war ein Hoffnungsschimmer für die Menschen im Nahen Osten

Doch zieht sich seitdem ein Krieg nach dem anderen wie ein Schleier über eine friedliche Zukunft. Skrupellose Staatenlenker und religiöse Fanatiker haben kein Interesse an einem friedlichen Zusammenleben der Menschen.

Das Europäische Bürger:innen Forum fördert und begleitet Initiativen, die Solidarität zwischen Nachbar:innen. Auch jenseits von Grenzen.



Libanon / Syrien

Buzuruna Juzuruna*

Buzuruna Juzuruna (BJ) ist das erste Projekt im Libanon, in dem bäuerliche Gemüse-, Getreide- und Blumensamen gewonnen werden. Inzwischen verfügt die Gruppe über eine grosse eigene Saatgutbank. Die Gruppe bietet Kurse in Agrarökologie an, verschenkt Samen und Setzlinge an Geflüchtete und lebt eine grenzenlose politische Utopie der Verständigung. Die Gruppe wurde vor acht Jahren gegründet, um vor allem den aus Syrien geflüchteten Menschen zu helfen. Seit den israelischen Angriffen im September 2024 auf den Libanon haben sich die Herausforderungen für unsere Freund:innen vor Ort jedoch verschärft. Die Bombenangriffe gingen tief ins Land und haben eine Million Binnenflüchtlinge verursacht.

Im Berichtsjahr konnte BJ vertriebene Familien bei sich aufnehmen und viele Kriegsflüchtlinge im ganzen Land mit dem Nötigsten versorgen. Sie verschenkten Hunderte Kilogramm Lebensmittel aus eigener Produktion an Soli-

*Die Samen sind unsere Wurzeln

daritätskantinen. Jede Woche wurden verschiedene Kantinen mehrmals beliefert. Mit einem Spendenappell konnten wir diese Notaktion wesentlich unterstützen.

Der plötzliche Fall von Baschar al-Assad im Dezember 2024 war ein Hoffnungsschimmer für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze und eine grosse Erleichterung. Buzuruna Juzuruna hatte bereits lange zuvor starke Partnerschaften mit Bäuerinnen und Bauern in Syrien aufgebaut. Bis jetzt war dies nur im Untergrund möglich, doch im Berichtsjahr konnten sich die Freunde und Freundinnen endlich gegenseitig besuchen. Der syrische Bürgerkrieg hat zu massiven Zerstörungen geführt, weshalb die Versorgung mit Saatgut und Wissen ein Schlüssel für die Wiederbelegung ganzer Landstriche sein wird. Das EBF unterstützt Buzuruna Juzuruna vorwiegend in Notsituationen. Die Longo-mai-Bewegung, mit der das EBF eng zusammenarbeitet, fördert vor allem den landwirtschaftlichen Bereich.



Trotz Krieg und Krise: Charlotte Joubert und Faiqa El Jasem von Buzuruna Juzuruna sind nicht bereit zu resignieren.

Solidarity Fields

2015 gründete der aus Syrien geflüchtete Mahmoud Barhum die Biolandwirtschaftskooperative Solidarity Fields in Griechenland. Sie versorgte über die Jahre über 10'000 Geflüchtete mit Lebensmitteln. Nach dem Sturz des Regimes in Syrien zog die Initiative in ihr Heimatland um. Das EBF hat dies im Berichtsjahr unterstützt.

Palästina

Delegationsreisen

Im Berichtsjahr hat das EBF drei Delegationsreisen in das Westjordanland unterstützt. Ziel war es, herauszufinden, wo das EBF konkrete Hilfe für eine Ernährungssouveränität leisten kann. Zunächst wurden Menschen besucht, die in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu einem Treffen auf eine Kooperative von Longo maï in Südfrankreich eingeladen waren, um sich mit weiteren Bäuerinnen und Bauern aus dem Nahen Osten (Syrien, Irak, Libanon) zu vernetzen.

Zugang zu freiem Saatgut bleibt in all diesen Ländern ein zentrales Problem. Unsere Mitarbeiter·innen blieben jeweils für mindestens sechs Wochen und sahen schwere Menschenrechtsverletzungen durch israelische Siedler und die Armee, brachten aber auch Geschichten von Hoffnung und grosser Solidarität in der Bevölkerung mit nach Hause. Eine internationale Präsenz ist enorm wichtig für die Menschen vor Ort, deshalb werden voraussichtlich weitere vom EBF unterstützte Delegationsreisen stattfinden.

Gaza Kitchen

Im zentralen Gazastreifen engagieren sich die Eltern von drei kleinen Kindern in einer Basisinitiative, die warme Mahlzeiten, sauberes Trinkwasser und grundlegende Hilfsgüter an Familien im Flüchtlingslager Al-Maghazi verteilt. Seit Beginn des Krieges widmen sie ihre gesamte Zeit und Kraft der Fürsorge für ihre Nachbarschaft. Selbst wenn schwere Bombardierungen ihre Nächte erschüttern, beginnen sie am Morgen damit, Essen zu kochen und zu verteilen. Mindestens dreimal pro Woche bereiten sie warme Mahlzeiten für die gesamte Nachbarschaft zu und versorgen Bedürftige mit Paketen lebensnotwendiger Güter. Unterstützung erhalten sie auch von Menschen aus Israel, die über die sozialen Netzwerke von dem Projekt erfahren haben und den grausamen Krieg ihrer Regierung in Gaza ablehnen. Das EBF hat diese Initiative im Berichtsjahr finanziell unterstützt.



Lebensgrundlagen & Autonomie

Die Katastrophen häufen sich - verursacht durch den Raubbau an den Ressourcen unseres Planeten und durch den Klimawandel. Das Europäische Bürger:innen Forum gibt Gegensteuer mit der Unterstützung von ökologischen Widerstandsbewegungen sowie biolandwirtschaftlichen und sozialen Projekten.

Wir unterstützten im Berichtsjahr wiederum selbstverwaltete biolandwirtschaftliche und soziale Projekte in Deutschland, Frankreich, Österreich, Rumänien und in der Schweiz. Diese gemeinschaftlichen Projekte versuchen, neue Lebensformen mit politischen, sozialen und ökologischen Engagements zu verknüpfen.



Frankreich

«Freekeh» und die internationale Solidarität

Im Berichtsjahr nahmen Mitglieder des EBF an einer Veranstaltung in Frankreich teil, die der Kultur und der Verarbeitung von „Freekeh“ gewidmet war, einer traditionellen Speise aus Hartweizen, der noch grün geerntet wird. Diese Methode, die auf alte landwirtschaftliche Praktiken des Nahen Ostens zurückgeht, besteht darin, die Ähren vor der Reife zu ernten, sie anschliessend zu trocknen und über offenem Feuer zu rösten, um die Kornschalen zu verbrennen, bevor der Weizen gedroschen und geschrotet wird, um diese Speise mit seinem charakteristischen Rauchgeschmack zu bekommen. Über die landwirtschaftliche Arbeit hinaus war dieses Treffen ein Höhepunkt des Austauschs, der Weitergabe von Wissen und der Konvivialität. Die Handgriffe bei der Zubereitung von «Freekeh» ermöglichten einen Dialog zwischen Erinnerungen, Kulturen und kollektiven Erfahrungen rund um Ernährung, Saatgut und bäuerliche Selbstversorgung. Dieses Ereignis fand auch über den Veranstaltungsort hinaus Resonanz, da mehrere Radiosendungen

über die Überlegungen zur Bewahrung von landwirtschaftlichem Wissen und der internationalen Solidarität berichteten.

«Cantine Syrienne»

Durch verschiedene internationale Begegnungen haben einige Mitglieder des EBF eine gute Verbindung zu den Initiator:innen der «Cantine Syrienne» aufgebaut. Seit drei Jahren engagieren sich syrische Geflüchtete, die in Montreuil (Paris) leben, in dieser Kantine, die sich 2025 einer neuen Herausforderung gestellt hat: Aufbau eines «Hauses der Völker und des Exils». DARNA lautet der arabische Name: unser Zuhause auf Deutsch. Immer nach dem enthusiastischen Motto: Kochen und Revolutionen! Wir beteiligten uns an der Finanzierung von DARNA, das sich als «transnationaler Raum der gegenseitigen Hilfe, der Begegnung, des guten Essens und der Weltveränderung» versteht.



Rumänien

Landgrabbing

In Rumänien ging der von uns unterstützte Kampf gegen Landgrabbing weiter. Ein in Liechtenstein notierter Grossinvestor eignet sich im Hügelland nahe Hermannstadt/Sibiu grosse Landflächen an, zäunt sie ein und stellt Angus-Rinder darauf. Das «Karpaten Meat» kommt als auf «naturbelassenen Weiden» produziertes Fleisch in den Verkauf. In Wirklichkeit wird die Natur durch die in der Region unüblichen Einzäunungen sowie die Mono-Viehzucht samt aller Folgen ihrer Vielfalt beraubt. Der Verband «Peisaj Deschis» (Offene Landschaft) versucht mit Aufklärungsarbeit und auf juristischem Weg, diese ungesunde Entwicklung aufzuhalten. Im Berichtsjahr hat sich der Arbeitsbereich dieser Vereinigung noch erweitert – und zwar in Richtung Waldschutz. Ein Anliegen, das das EBF nach Kräften unterstützt hat. Dieses Engagement begann, als ein alter Waldbestand in der Nähe des Dorfes Holzmengen/ Hosman abgeholzt werden sollte. Mit der Unterstützung von «Agent Green», der wichtigsten Waldschutzvereinigung in Rumänien, wurde eine formelle Beschwerde eingereicht. Was als einzelne Intervention begann, entwickelte sich im Laufe des Jahres zu einer viel tie-

feren Zusammenarbeit. Gemeinsam reichten die Aktivist:innen Beschwerden bezüglich mehrerer Abholzungsstandorte im Harbach-Hochland/ Podișul Hârțibaciului ein, nahmen an öffentlichen Debatten über Waldbewirtschaftungspläne teil, organisierten «Eyes On The Forest!»-Workshops, um die lokale Bevölkerung darüber zu informieren, wie sie aktiv werden kann, und starteten ein Waldkartierungsprojekt, das vom «Bruno Manser Fonds» in der Schweiz und der «Chantecaille Conservation Foundation» aus den USA unterstützt wird.

Pestizide

Das Landwirtschaftsministerium Rumäniens hat jahrelang Ausnahmeregelungen für in der EU verbotene Pestizide gewährt und damit grossen landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, diese auf riesigen Ackerflächen auszubringen. Im Januar des Berichtsjahres beschloss der Verein «Eco Ruralis», der traditionelle und biologische Landwirt:innen vertritt, zusammen mit «Romapis», einem Dachverband ru-

mänischer Imker-Vereine, zu reagieren, Es geht dabei um Saatgut, v.a. von Sonnenblumen und Mais, das mit drei seit 2018 in der EU verbotenen Neonicotinoiden beschichtet ist. Nicht weniger als drei Millionen Hektar sollten mit diesem giftigen Saatgut ausgesät werden. Die beiden Verbände haben daher Klage gegen diese Ausnahmegenehmigungen eingereicht. Wir leisteten für dieses juristische Vorgehen einen finanziellen Beitrag, indem wir «Eco Rurales» bei der Bezahlung des Anwalts und der Deckung weiterer Gerichtskosten unterstützt haben. Das Urteil des Berufungsgerichts von Cluj fiel am 18. März 2025: Aussetzung der Ausnahmegenehmigungen – ein erster grosser Sieg.

Dan Turiga von Agent Green in Holzmengen/Hosman bei dem Workshop «Eyes On The Forest!»



Schutz vor Willkür & Repression

Engagierte Menschen werden weltweit kriminalisiert.

Sie sind der Repression von staatlicher Gewalt sowie juristischer Willkür ausgesetzt. Sie brauchen unseren Schutz.



Die Teilnehmer:innen des antifaschistischen Camps gedenken der Opfer des Faschismus.

Polizeiübergriff auf NS-Gedenkstätte

Eine gross angelegte Polizeiaktion, die im Berichtsjahr in der Gedenkstätte Peršmanhof im österreichischen Kärnten/Koroška durchgeführt wurde, löste im ganzen Land und darüber hinaus grosse Empörung aus. Denn dieser Ort ist dem slowenischen antifaschistischen Widerstand und einem Massaker gewidmet, bei dem die SS im April 1945 elf Mitglieder der Familien dieses Bauernhofs, darunter 7 Kinder, ermordete.* Hier fand ein Jugendcamp statt, das der antifaschistischen Bildung, der historischen Erinnerung und dem 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs galt. Am 27. Juli 2025 drangen mehrere Polizeieinheiten – unterstützt von Drohnen, einem Hubschrauber und einer Hundestaffel – in die Gedenkstätte ein. Sie zwangen die Teilnehmenden teilweise mit Gewalt, ihre Identität offenzulegen, und mehrere Personen wurden vorübergehend festgenommen. Die Behörden begründeten diesen Einsatz mit dem Verdacht auf Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Campen und dem Naturschutz.

Der Einsatz schockierte die Organisator:innen und Teilnehmer:innen des Camps, darunter Nachfahren der Opfer des Massakers am Peršmanhof, zutiefst.

Landesweite Stimmen schätzten diese Polizeioperation als absolut unangemessen und politisch motiviert ein. Vor diesem Hintergrund organisierte das EBF internationale Proteste gegenüber der österreichischen Regierung und dem Bundespräsidenten. Diese Interventionen prangerten an, dass es den Behörden in Kärnten darum ging, antifaschistisches und ziviles Engagement durch ihr Vorgehen generell zu kriminalisieren. Angesichts der heftigen Kritik wurde eine vom Innenministerium beauftragte Expertenkommission eingesetzt, um die Umstände der Polizeiaktion zu untersuchen. Der im Oktober 2025 veröffentlichte Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Einsatz „unverhältnismässig, rechtswidrig und in mehrfacher Hinsicht fragwürdig“ war. Der Bericht hebt das Fehlen einer ausreichenden Rechtsgrundlage, rechtswidrige Kontrollen und Festnahmen, einen übermässigen Einsatz polizeilicher Mittel sowie Mängel in der Befehlskette hervor.

*Der Sitz des Europäischen Bürger:innen Forums in Österreich befindet sich nur wenige Kilometer vom Peršmanhof entfernt, auf der Longo maï-Kooperative Stopar.

Türkei

Prozessbeobachtung für Pınar Selek

Seit 27 Jahren versucht der türkische Staat das Leben von Pınar Selek – Schriftstellerin, Soziologin, Feministin und Kämpferin gegen Machismus und Militarismus – zu zerstören. Im Jahr 1998 war das erste Verfahren gegen sie eingeleitet worden, als sie sich weigerte, die Namen der Kurdinnen und Kurden zu nennen, die sie für ihre soziologische Forschung interviewt hatte. Der damalige Vorwand, um sie zu verhaften: Sie hätte ein Bombenattentat auf den Gewürzmarkt von Istanbul verübt – eine Anschuldigung, die inzwischen mehrfach widerlegt werden konnte. Sie kam für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis und wurde gefoltert. Nach ihrer Freilassung ging sie bald ins Exil nach Frankreich.

Am 25. Januar 2017 forderte der türkische Generalstaatsanwalt – nach 4 Freisprüchen vor Gericht – zum 5. Mal eine lebenslängliche Haft. Der auf Lügen aufgebaute Prozess sollte also wieder aufgenommen werden. Dann geschah erst einmal nichts und am 6. Januar 2023 liess der Oberste Gerichtshof der Türkei plötzlich mitteilen, Pınar Selek drohe

wegen des angeblichen Bombenattentats von 1998 wiederum lebenslange Haft. Ein internationaler Haftbefehl solle gegen sie erlassen werden.

So kam es zu einer Verhandlung am 31. März 2023, die jedoch ohne Urteil auf September desselben Jahres verschoben wurde. Genauso, nur mit anderen Daten, geschah es auch 2024 und im Berichtsjahr 2025. An allen Verhandlungen nahmen EBF-Vertreter:innen als Prozessbeobachter:innen teil. Interpol weigerte sich bis jetzt, eine «Red notice» auszustellen und damit eine internationale Fahndung gegen Pınar auszulösen, zu durchsichtig sind die politischen Absichten ihrer Verfolger. Ein an Frankreich gerichtetes Auslieferungsgesuch blieb unbeantwortet. Pınar ist inzwischen französische Staatsbürgerin und deshalb ist eine Auslieferung nahezu ausgeschlossen.

Doch mit jeder Verschiebung der Verhandlungen ohne Urteil geht der Nervenkrieg weiter, und Pınar kann nicht in ihr



Pınar Selek. Zeichnung Basile Poty, April 2026

Land zurückkehren, nicht einmal, um ihren alten und inzwischen kranken Vater zu besuchen, der sie noch im Berichtsjahr als Anwalt verteidigt hat.

Zum Glück genießt Pınar eine breite internationale Solidarität. Bei den Gerichtsterminen sind jeweils zahlreiche Unterstützer·innen anwesend: türkische, französische und Schweizer Anwalt·innen, Volksvertreter·innen, Wissenschaftler·innen, Schriftsteller·innen, Gewerkschafter·innen, Universitätsprofessor·innen, eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schweizer Generalkonsulats und Gesandte verschiedener Menschenrechtsorganisationen.

Pınar Selek und ihr Wirken haben eine grosse Symbolkraft für alle politischen Gefangenen und Verfolgten in der Türkei sowie für alle Menschen, die für Recht und Gerechtigkeit eintreten. Wir werden bis zum endgültigen Freispruch von ihr an den Gerichtsverhandlungen präsent sein.

Nachruf auf einen Freund



Danilo Gay (1943 - 2025)

Danilo ist am 3. Januar 2025 in Lausanne 81-jährig gestorben. Er war als protestantischer Diakon in vielen Ländern der Welt – von Afrika über Kanada bis nach Russland. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz lernten wir ihn über gemeinsam organisierte Vorträge mit einem kongolesischen Exilanten zur Fluchtsituation Afrika – Europa näher kennen. Unsere enge Freundschaft entstand dann nach einer Veranstaltung über die dramatische Situation von Migrant-innen auf der Balkanroute, die das EBF im Jahr 2019 in Bern organisiert hatte. Danilo war berührt von dem Gehörten und reiste danach spontan nach Sarajevo, gemeinsam mit seiner Frau Lisette, Tochter Joëlle und Enkel Samuel.

Das Elend schockierte alle zutiefst, doch Danilo schaffte es, zu den notleidenden Migrant-innen einfach hinzugehen und sie mit kleinen Gesten zu ermutigen. Während dieser ersten Reise machte er auch Bekanntschaft mit Ines Tanović von Kompas, einer lokalen Hilfsinitiative für Menschen auf der Flucht, mit der wir inzwischen auch sehr verbunden sind. Diese Begegnung führte zu einer tiefen Freundschaft und einer dauernden Zusammenarbeit zwischen Danilo und Ines. Fortan sammelte er Geld und Material für Kompas und reiste immer wieder vor Ort. Danilo war unermüdlich, um neue Kreise für diese Unterstützung zu finden. Er fehlt uns: seine unerschütterliche Energie, sein liebevolles Wesen, vereint mit seinem zutiefst humanen und politischen Engagement. Tochter Joëlle und ein kleiner Freundeskreis führen nun seine Arbeit weiter.

[Archipel]

die Monatszeitschrift des Forum Civique

Archipel erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr auf Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Die Zeitschrift wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben.

Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können.

Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Das Archipel-Archiv finden Sie unter:
www.forumcivique.org

[Spenden]

Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge:

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

Kostensparendes Verfahren:

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Dauerauftrag oder einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie den Auftrag jederzeit rückgängig machen.

Spendenkonto:

Spenden in CHF an:

PC 40-8523-5

IBAN : CH24 0900 0000 4000 8523 5

BIC : POFICHBEXXX

Spenden in Euro an:

Komitee Europ. Bürger:innenn

Forum Schweiz

BKB-EURO-KONTO

IBAN : CH56 0077 0016 5490 9272 8

BIC : BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt und nimmt neben Spenden auch Erbschaften und Legate an.

Adressen des EBF

Schweiz

Europäisches Bürger:innen Forum
St.Johanns-Vorstadt 13
Postfach
CH-4001 Basel
Tel.: +41-61-262 01 11
E-Mail: ch@forumcivique.org

Deutschland

Hof Ulenkrug
Stubbendorf 68
D-17159 Dargun
Tel.: +49-399 59-20 329
E-Mail: de@forumcivique.org

Frankreich

Hameau de St-Hippolyte
F-04300 Limans
Tel.: +33-492 73 05 98
E-Mail: fr@forumcivique.org

Österreich

Hof Stopar
Lobnik 16
A-9135 Železna Kapla/Eisenkappel
Tel.: +43-42 38-87 05

Ukraine

Vul. Borkanyuka 95
UA-90440 Nizhne Selishche
Khust, Zakarpattia
E-Mail: ua@forumcivique.org

Rumänien:

Joachim Cotaru
Str. Bisericii 234
RO-557168 Hosman (SB)
E-Mail: ro@forumcivique.org

Mühle Nikitsch

Berggasse/Travnik 26
A-7302 Nikitsch/Filež
Tel.: +43-650/34 38 378
E-Mail: at@forumcivique.org

www.forumcivique.org



Mit Ihrer Spende, einer Erbschaft oder einem Legat an das EBF
helfen Sie mit, eine gerechtere Zukunft zu gestalten
und das offene und freundliche
Gesicht Europas zu zeigen.

Europäisches Bürger:innen Forum
St. Johannis-Vorstadt 13
Postfach
CH-4001 Basel
Tel.: +41 61 262 01 11
E-Mail: ch@forumcivique.org

civique
forum!.org